



Landesbauerntag 2017

Eine zukunftsfähige Landwirtschaft benötigt neue moderne Technologien

Koblenz. Landwirtschaftsminister Dr. Volker Wissing betonte in der Diskussionsrunde während des Landesbauerntages in Koblenz, dass Planungssicherheit für unternehmerisches Handeln unerlässlich sei. Dabei habe gerade die Landwirtschaft mit Widrigkeiten, wie z. B. dem Wetter oder politischen Entscheidungen zu leben und zu kämpfen. In der Politik würden allerdings zu viele Menschen über Themen reden, von denen sie zu wenig verstünden: „Agrarpolitik kann nicht nur aus Sicht der Verbraucher gestaltet werden! Vielen Menschen ist nicht bewusst, mit welchen Herausforderungen Landwirte zu tun haben.“ So sei beispielweise die Digitalisierung eine Herausforderung, die es nun zu meistern gelte. Ein breites Spektrum an Pflanzenschutzmitteln müsse auch künftig den bäuerlichen Familienbetrieben zur Verfügung stehen. Es gelte die technologischen Voraussetzungen eines Betriebes zu verbessern, ebenso die wirtschaftlichen Bedingungen. Überregulierungen müssten in den kommenden Jahren zurückgenommen werden, damit die Betriebsleiter wieder mehr Interesse an Investitionen bekämen. Eine erste starke Säule liege Wissing weiterhin am Herzen. Auch dürfte der Umfang an ökologischen Vorrangflächen nicht auf über 5 Prozent der Ackerflächen hinaus ausgedehnt werden.

Professor Dr. Peter Pickel, stellvertretender Direktor der John Deere GmbH, geht davon aus, dass künftig durch die digitalisierte Präzisionslandwirtschaft 30 bis 40 Prozent der in der Landwirtschaft ausgestoßenen CO₂-Äquivalente eingespart werden könnten. Hierfür bedürfe es allerdings eines flächendeckenden starken Breitbandnetzes. Auch wenn es der Gesellschaft schwer zu vermitteln sei, setze die Landwirtschaft schließlich Hochtechnologie ein, um gesellschaftliche Probleme lösen zu können. Die Digitalisierung selbst werde in der Landwirtschaft durchaus positiv gesehen. Da sich der Strukturwandel nicht aufhalten lasse, werde durch neue Technologien mit weniger Arbeitskräften und weniger Emissionen mehr produziert werden können.

Ein weiterer Trend werde die Ausweitung der Transparenz bezüglich der landwirtschaftlichen Produktion sein. Eine digitale Vernetzung mit vor- und nachgelagerten Bereichen sei dabei durchaus vorstellbar.

Auf die Frage über die Zukunftsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen, erklärte Dr. Jens Schaps von der Europäischen Kommission, dass dabei die Betriebsprämien unverzichtbar seien. Die EU diskutiere zur Zeit, wie sie die Einbußen des Brexits bewältigen könne. Hierbei müsse geprüft werden, inwieweit Mitgliedsstaaten bereit seien, die durch den Austritt Großbritanniens entstehenden Finanzlücken auszugleichen, ob Einsparungen vorgenommen werden müssten oder Umschichtungen das Problem lösen könnten. Es werde durch die finanziellen Einbußen künftig schwieriger die Produktions-, Einkommens- und Preisrisiken zu beherrschen.

Präsident Horper betonte, dass die erste und zweite Säule für die Betriebe unabdingbar seien. Die Betriebe benötigten diese Mittel. Die gemeinsame Agrarpolitik habe eine zentrale wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Schließlich sei sie der Schlüssel für einen jahrzehntelangen Frieden und für Sicherheit in Europa. Darüber hinaus leiste sie die Grundlage für eine von der Gesellschaft geforderte Lebensmittelsicherheit. Die Politik müsse helfen, dies gegenüber der Gesellschaft zu verdeutlichen und sich nicht vor den Karren einiger Nichtregierungsorganisationen spannen zu lassen. Aufgrund der wertvollen gesellschaftlichen Leistungen, die die Landwirtschaft erbringe, habe sie einen Anspruch auf diese Finanzmittel. Darüber hinaus erfüllten die deutschen Produkte höchste Standards.

LandFrauenpräsidentin Rita Lanius-Heck fügte hinzu, dass die Agrarprodukte qualitativ so hochwertig seien, dass sie eine höhere Wertschätzung erzielen müssten. Die landwirtschaftlichen Unternehmen sollten durchaus alternative Einkommensmöglichkeiten nutzen, dennoch sei es wichtig, die hohen Qualitätsstandards der Agrarprodukte der Gesellschaft zu vermitteln. Die Verbraucher seien „so weit weg von unserer Produktion“, dass sie in aller Regel noch nicht einmal den Unterschied zwischen Stroh und Heu kennen würden. Das Geld der zweiten Säule müsse daher verstärkt für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen eingesetzt werden.

Landjugendvorsitzender Mathias Genn hält den Breitbandausbau für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft für äußerst wichtig. Die Präzisionslandwirtschaft sei ohne ein gut funktionierendes Netz nicht möglich. Bildungsmöglichkeiten für die Menschen im ländlichen Raum müsste möglichst dorfnah angeboten werden. Es sei schädlich für die ländlichen Räume, wenn Schulen nur noch konzentriert in den Zentren eingerichtet würden.

In der weiteren Diskussion erklärte Schaps, dass in Europa 40 verschiedene Programme für ländliche Räume möglich seien, die aber nicht in allen europäischen Staaten angeboten würden. So gebe es auch Möglichkeiten, die Direktvermarktung zu fördern. Er unterstütze die Forderung von Lanius-Heck, die zweite Säule effektiver einzusetzen. Umschichtungen von der ersten in die zweite Säule lehne er aber ab.

Auch Landwirtschaftsminister Dr. Wissing bestätigte den Ansatz der LandFrauenpräsidentin. Eine Schwerpunktbildung bei der Ausgestaltung der zweiten Säule mache Sinn. Sie solle dazu dienen die Attraktivität des ländlichen Raumes zu verbessern. Schließlich solle die Qualität des Lebens auf dem Lande und in der Stadt gleichwertig sein. Gerade das Land Rheinland-Pfalz lege den Fokus auf den ländlichen Raum. Weiterhin brach er eine Lanze für die Präzisionslandwirtschaft. Mit dem Ausbau der Kommunikationstechnologie könnten Menschen auf dem Lande gehalten werden.

Präsident Horper sah viele Facetten bezüglich der Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Neben Fortschritten in der Züchtung hinsichtlich Trockenresistenz, werde es auch viele spannende Entwicklungen in der Hochtechnologie, im Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder bei der Automatisierung von Stallhaltungssystemen geben. Diese modernen Entwicklungen in der Landwirtschaft seien vielen Menschen in der Gesellschaft suspekt. Daher forderte er die Politik auf, die Landwirtschaft zu unterstützen und den Menschen die Bedeutung der Digitalisierung für die Nährstoffversorgung der Pflanzen oder den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nahe zu bringen.

Lanius-Heck erinnerte an die Forderung des LandFrauenverbandes, dass jedes Schulkind zumindest einmal in seiner Schullaufbahn auf einem landwirtschaftlichen

Betrieb gewesen sein müsse. Dies sei Grundlage für eine gute Öffentlichkeitsarbeit, weil sich durch diesen Besuch eine gewisse Weitsicht bei den Kindern einstelle.

In der anschließenden Diskussion mit den Besuchern des Bauerntages wurde deutlich das Empfinden artikuliert, dass zahlreiche Bedienstete von Behörden den praxisnahen Bezug zur Landwirtschaft verloren hätten. Zu viele Mitarbeiter hätten weder einen landwirtschaftlichen Hintergrund noch könnten sie sich in die Gedankenwelt der Landwirte und Winzer einfühlen. Nicht zuletzt deshalb gäbe es beispielsweise auch große Probleme bei der Umsetzung von Bodenordnungsverfahren. Der Vizepräsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau, Manfred Zelder, kritisierte das ungerechte Prämiensystem der ersten Säule und forderte eine stärkere Förderung der tierischen Produktion. Außerdem machte er deutlich, dass Menschen, die sich für die Ansiedlung des Wolfes einsetzen würden, keine Tierschützer sein könnten. Wer wüsste, welches Leid das Reißen eines Tieres mit sich bringe, müsse die Ansiedlung des Wolfes ablehnen. In einem weiteren Anliegen forderte er die Politik auf, sich der Kostenentwicklung bei den Fleischbeschaugebühren, der Entgelte für gefallene Tiere und für Schlachtabfälle anzunehmen. Diese seien mittlerweile so hoch, dass sich gegenüber anderen Ländern deutliche Wettbewerbsverzerrungen ergeben würden.

In weiteren Wortbeiträgen forderten die Bäuerinnen und Bauern u.a. die Politik auf, auch in Rheinland-Pfalz eine bessere Fortbildung und Finanzierung der Betriebe, die an der „Initiative Lernort Bauernhof“ teilnehmen würden, zu ermöglichen. Kritisiert wurde, dass die aktuelle Förderpolitik nicht zum politischen Ziel einer ökologischen Produktion auf 20 Prozent der Fläche passe. Hier sei eine gezieltere Förderpolitik notwendig. Das Verbot von Pflanzenschutzmaßnahmen auf ökologischen Vorrangflächen würde zu erheblichen Konsequenzen führen und den heimischen Anbau von Leguminosen behindern.

Der Landesbauerntag 2017 trug dazu bei, den Austausch zwischen Politik und Praxis zu intensivieren. Der Verband plante in Zukunft weitere Landesbauerntage – was allseits sehr begrüßt wurde.